Bayerisch-österreichischer Gipfel auf der Grünen Woche

17. Januar 2020

Berlin – Bayern und Österreich werden ihre forst- und agrarpolitische Zusammenarbeit verstärken. Am Rande der Internationalen Grünen Woche in Berlin berieten sich dazu Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber und ihre österreichische Kollegin Elisabeth Köstinger, die nach der Wahl in Österreich im Januar 2020 zur Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus berufen wurde.

Fragen der Nachhaltigkeit standen im Mittelpunkt des bayerisch-österreichischen Gipfels. Großen Handlungsbedarf sehen die beiden Ministerinnen wegen der zunehmenden klimabedingten Schäden in den Wäldern. Die Schäden durch Trockenheit, Sturm, Schneebruch und durch den Borkenkäfer stellen Forstwirte in Bayern und Österreich vor große Herausforderungen. In Bayern wird die gesamte Schadholzmenge für 2019 auf rund zehn Millionen Festmeter geschätzt. Um das Ziel von klimastabileren, artenreichen Mischwäldern zu erreichen, vereinbarten die Ministerinnen eine engere Zusammenarbeit in der Waldforschung: Das in Teisendorf im Landkreis Berchtesgadener Land angesiedelte Amt für Waldgenetik wird künftig enger mit österreichischen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, um Grundlagen für den Waldumbau zu erarbeiten.

Im Privat- und Körperschaftswald in Bayern wurden bereits rund 70.000 Hektar umgebaut und weitere 30.000 Hektar entsprechend gepflegt. Ziel ist die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege der Wälder sowie eine stärkere Verwendung von Holz, zum Beispiel im Baubereich.

Mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) forderten die beiden Ministerinnen von der Europäischen Union ein Bekenntnis für die bäuerlichen Familienbetriebe. Dazu sei ein ausreichend hohes Budget für die anstehenden Herausforderungen für die Landwirtschaft erforderlich. Wenn die Anforderungen im Bereich des Agrarumwelt- und Klimaschutzes steigen, sei dies generell zu begrüßen. Allerdings dürfe dabei nicht vergessen werden, dass die Zahlungen aus Brüssel einen erheblichen Teil des Einkommens vieler Landwirtsfamilien ausmachen. „Insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Anforderungen darf die Landwirtschaft in den beiden Ländern nicht allein gelassen werden“, sagte Kaniber.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers